

Bahnlärmgegner wollen endlich Taten sehen

Mahnwache / Demonstranten übergaben Resolution an Umweltministerin Puttrich

Oestrich. (sm) – Mit einer Mahnwache und einer an die Hessische Umweltministerin Lucia Puttrich übergebenen Resolution hat die „Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn“ am vergangenen Sonntag in Oestrich auf sich aufmerksam gemacht. Die Demonstranten nutzten die Anwesenheit der Ministerin bei der CDU-Kranpartie am Rheinufer dazu, auf einem nahe gelegenen Parkplatz ihre Protestbanner aufzuspannen. Im Februar hatte Puttrich in Bingen zusammen mit ihrer Rheinland-pfälzischen Kollegin Ulrike Höfken einen „Bahnlärm Index“ vorgestellt, aus dem hervorgeht, dass die Belastungen das Zumutbare bereits um das 250-fache überschritten haben und dass weit mehr Menschen vom Bahnlärm betroffen sind als bis-

her angenommen. Die Bürgerinitiative verlangt neben dem Hauptziel Alternativtrasse eine Umstellung auf die K-Sohle bis 2020. „Das ist machbar, man muss nur etwas Geld in die Hand nehmen“, sagte der Vorsitzender der Bürgerinitiative, Willi Pusch. Die sogenannte LL-Sohle sei noch nicht zugelassen und auch nicht so effektiv wie die K-Sohle. Auch der CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Peter Seyffardt versprach, sich weiterhin für die Ziele der Bahnlärmgegner einzusetzen. Eine Entlastung gebe es nur mit der Umrüstung auf leisere Sohlen und einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 km/h, betonte Seyffardt. Innerhalb der Ortschaften, so fordert die Bürgerinitiative, soll die Begrenzung sogar 50 km/h betragen, außerdem will man ein Nachtfahrver-

bot durchsetzen. Schützenhilfe bekommt die Bürgerinitiative von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (Näheres unter www.evg-online.org). Auch aus dem Ausland – in vielen europäischen Ländern geschieht auf Druck der Bürger wesentlich mehr als in Deutschland – wird Unterstützung zugesichert.

Viele der rund 100 Demonstranten zeigten Ungeduld angesichts der ewig gleichen Statements der Politiker. „Immer nur Anträge, aber es tut sich nichts“, rief ein Teilnehmer laut während der Rede von Hans-Peter Seyffardt. Lucia Puttrich versprach der BI, sich über den Bundesrat direkt an Bundesverkehrsminister Ramsauer zu wenden. Die Zeit drängt – bis 2015

Fortsetzung auf Seite 2



Die T-Shirt-Demonstranten wandten der Bahn als Urheber ihrer Nöte demonstrativ die Kehrseite zu.

Fortsetzung

müsste der Bau einer Alternativtrasse in den kommenden Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden. Wenn dies nicht gelingt, geschieht wieder jahrelang nichts.

Die Geduld der Bahnlärmgegner ist am Limit angekommen. Willi Pusch: „Wir müssen ständig präsent sein und Druck machen, nur so haben wir eine Chance.“ Einig ist man sich darüber, dass so manchem Politiker „Dampf gemacht“ werden könnte, wenn er im Rheingau in unmittelbarer Nähe zur

Bahn wohnen würde. Daher hat sich die BI eine originelle Aktion einfallen lassen, ein Gutschein für Bahnchef Rüdiger Grube über eine Übernachtung mit der ganzen Familie in einem Hotel am Rhein. Ein Geschenk mit Hintergedanken: Man hofft, dass er so einen ganz persönlichen Eindruck von der „Nachtruhe“ nahe der Bahngeleise bekommt. Neben den gesundheitlichen Schäden und den Wertverlusten bei Immobilien leidet auch der Tourismus im Rheintal unter der Bahn – die Übernachtungszahlen sind deutlich zurück gegangen.



Mit zahlreichen, teilweise originellen, selbstgestalteten Plakaten demonstrierten Bürger gegen den Bahnlärm.

Forderungen der Bürgerinitiative

Die an Umweltministerin Puttrich übergebene Resolution enthält acht Forderungen der „Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn“: Sofortige Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 km/h durch Ortschaften, auch im Hinblick auf die rund 70 Prozent Gefahrguttransporte, Nachtfahrverbot für laute Güterzüge von 22 bis 6 Uhr, Abschaffung des Schienenbonus mit gleichzeitiger Auswirkung auf Bestandsstrecken, Einführung eines wirkungsvollen „lärmbabhängigen Trassenpreissystems“, Übernahme der Werte aus der 16. Bundesimmissionschutzverordnung für Bestandsstrecken sowie Über-

nahme der von der WHO geforderten Lärmgrenzwerte, Betriebsverbot aller lauten und Erschütterungen auslösenden Güterwaggons ab 2016, Schienen- und Schienenuntergrundsanierung innerhalb bewohnter Gebiete zur Vermeidung von Erschütterungen und Lärm, Verlagerung von Gefahrgut weg von der Schiene auf die Wasserstraße. Parallel dazu wird die Aufnahme einer neuen Güterschienenverkehrsstrecke in den Bundesverkehrswegeplan 2015 gefordert sowie die Gründung eines Projektbeirats, in dem Vertreter der Deutschen Bahn AG, der Bundes- und Landesregierungen, der Kommunen sowie der Bürgerinitiativen zur Interessensvertretung beteiligt werden.